

Berliner Asien-Gespräche 2016: Neue Spannungen in der Taiwanstraße? Die Präsidentschaftswahlen im Januar 2016 und ihre sicherheitspolitischen Implikationen

Berlin, 28. Januar 2016

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 16. Januar 2016 bedeuten den bisher dritten demokratischen Machtwechsel an der Spitze der Republik China. Nach acht Jahren Amtszeit endet die Ära von Präsident Ma Ying-jeou, die zu einer spürbaren Entspannung in der Taiwanstraße beigetragen hat. Die bisher regierende Kuomintang wird in die parlamentarische Opposition verwiesen. Es bleibt jedoch unklar, ob sich der in den vergangenen Jahren stabilisierte Status quo in der Taiwanstraße unter der designierten Präsidentin Tsai Ing-wen und der absoluten Mehrheit ihrer Democratic Progressive Party im Legislativ-Yuan fortsetzen wird und welche weiteren sicherheitspolitischen Implikationen der Wahlausgang birgt.

Diesen Fragen gingen die ersten Berliner Asien-Gespräche 2016 nach, die von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Zusammenarbeit mit Martin Wagener von der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (Brühl/Haar) veranstaltet wurden. Der Vizepräsident der BAKS, Thomas Wrießnig, konnte knapp 70 TeilnehmerInnen begrüßen. Der Generaldirektor des Deutschen Instituts Taipei, Martin Eberts, hinterließ ein schriftliches Grußwort.

Als Repräsentantin der Taipei-Vertretung in Deutschland zog Agnes Hwa-Yue Chen zunächst eine Bilanz der achtjährigen Präsidentschaft Ma Ying-jeous (Moderation: Thomas Wrießnig). Die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu Beijing und die Anerkennung des „Konsens von 1992“ als Grundlage einer gewaltfreien Interpretation der Statusfrage Taiwans beschrieb sie als Schwerpunkte der Festlandchinapolitik der Präsidentschaft Mas. Dessen Entspannungspolitik würdigte Chen als den Hauptfaktor für die Wahrung von Frieden und Stabilität in Ostasien. Ein direkter Kommunikationskanal zur beiderseitigen Eskalationskontrolle sei nunmehr ebenso eingerichtet worden wie institutionalisierte Gesprächsformate zur weiteren Vertrauensbildung. Mit dem Ansatz der *viable diplomacy* sei das Verhältnis zur Volksrepublik China durch Würde, Autonomie, Pragmatismus und Flexibilität geprägt gewesen. Nach dem Amtsantritt Tsais am 20. Mai 2016 werde Taiwan eine gleichbleibende, vorhersehbare und nachhaltige Außenpolitik fortsetzen. Auch wenn diese sich bisher nicht dem „Konsens von 1992“ verpflichtet habe, betonte Chen auf eine Nachfrage, werde die neue Regierung weiterhin eine konstruktive Rolle einnehmen; sie habe großes Interesse an der Fortführung des friedfertigen Status quo.

Shaocheng Tang vom Institute of International Relations der National Chengchi University in Taipei referierte im Anschluss zu den sicherheitspolitischen Folgen der veränderten politischen Mehrheitsverhältnisse in Taiwan (Moderation: Frédéric Krumbein, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin). Eine konstruktive Ambiguität zwischen Taipei und Beijing führe zu vorerst stabilen Beziehungen, die Spannungsfelder kurzfristig abschwächen, jedoch langfristig nicht auflösen könnten. Entlang der Territorialkonflikte im Ostchinesischen Meer, in der Taiwanstraße und im Südchinesischen Meer seien weiterhin Eskalationen möglich. Insbesondere eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans würde militärische Reaktionen Festlandchinas provozieren. Zudem schließe ein zunehmendes Nationalgefühl als identitätsstiftendes Element der taiwanischen Jugend das Fenster für eine friedliche Reintegration Taiwans. Auch lasse die ökonomische Konkurrenz zu Südkorea den Beitritt Taiwans zu internationalen Freihandelsabkommen drängend erscheinen. Die Zusammenkunft zwischen Xi Jinping und Ma Ying-jeou im November 2015 – das erste derartige Gipfeltreffen auf

Ebene der Staatschefs seit 1949 – wertete Tang als Präzedenzfall und möglichen Anknüpfungspunkt eines zukünftigen Treffens Xis mit Taiwans neuer Präsidentin Tsai.

Sven Bernhard Gareis, Deputy Dean des George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen, beschrieb in seinem Vortrag zu aktuellen und vergangenen chinesischen Wahrnehmungen taiwanischer Wahlergebnisse Chinas Reaktion auf den Machtwechsel in Taiwan im Verhältnis zu den militärischen Drohgebärden in den Jahren 1995/1996 als vergleichsweise zurückhaltend (Moderation: P. Christian Hauswedell, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde, Hamburg). Nicht zuletzt aufgrund des amerikanischen Einflusses auf Taiwan sei zunächst Stabilität in der Taiwanstraße zu erwarten, jedoch bleibe offen, wie lange der Status quo noch fortgeschrieben werden könne. Kontrovers wurde daraufhin diskutiert, ob der „Konsens von 1992“ tatsächlich weiterhin die Verkehrsregeln der sino-taiwanischen Beziehungen bestimme oder ob Tsai zukünftig außenpolitisch deutlich konfrontativer auftreten werde.

Hierauf stellte Martin Wagener unterschiedliche Perspektiven zur asymmetrischen Kriegführung der taiwanischen Streitkräfte dar (Moderation: Manfred Bohr, BAKS). Die *porcupine strategy* zum gezielten Aufbau asymmetrischer Verteidigungsfähigkeiten mache Taiwan zu einem schwer verdaulichen Invasionsopfer. Ziel sei, zu rüsten, um nicht kämpfen zu müssen. Dem könnte auch der Einsatz weitreichender Boden-Boden-Raketen gegen das Festland dienen, um den Preis für eine chinesische Invasion in die Höhe zu treiben. In Anbetracht der begrenzten Durchhaltefähigkeit Taiwans gehe es gleichwohl nur um eine Verzögerung bis zum Eintreffen eines US-Entsatzes. Unklar bleibe, ob die Volksbefreiungsarmee tatsächlich die notwendige psychologische Robustheit zur Durchführung einer derartigen Mission besitze und ob in Anbetracht der langjährigen Ein-Kind-Politik Chinas und der zu erwartenden Opferzahlen eine solche Militäraktion innenpolitisch durchzuhalten wäre.

Im Anschluss stellten Dirk Schmidt von der Universität Trier und Günther Schmid als ehemaliger Professor der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung schlaglichtartig einige Gedanken zu etwaigen Zukunftsmodellen für die Taiwanstraße vor (Moderation: Gunter Schubert, Univ. Tübingen). Neben einer möglichen Annäherung durch ökonomische Integration und den Abschluss eines Friedensvertrages wurde ebenso die Hongkong-Lösung als größtmögliche Autonomie Taiwans unter nomineller Zugehörigkeit zu Festlandchina vorgestellt. Zu anregenden Diskussionen führte die Annahme, eine Gewaltverzichtsinterpretation der chinesischen Regierung am Beispiel der überwundenen innerdeutschen Teilung könne positive Auswirkungen auf die Taiwanfrage haben.

Letztlich bestand Einigkeit unter den Teilnehmenden, dass die unterschiedliche Auslegung der Souveränitätsfrage den derzeitigen Status quo bedeutet und dieser als gesichtswahrender Konsens seine stabilisierende Wirkung entfaltet. Der Umgang Tsais mit diesem stillen Übereinkommen werde maßgeblich beeinflussen, ob sich die sino-taiwanischen Beziehungen in einer Eskalationsspirale verlieren oder weiterhin von Stabilität geprägt sein werden.

Kevin Kälker

Activism in Contemporary Japan: New Ideas, Players and Arenas?

University of Zurich, Zurich, November 5–7, 2015

Japan's voluntary sector is multifaceted and dynamic, and the incorporation of NPOs saw quite a boom in the late 1990s after new legislation was passed. At the same time, small niches of subcultural activism developed, enriching Japan's stagnant protest scene with new tactics. Despite all this, the absence of large-scale confrontational public demonstrations and